



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



2
—
21

WARUM DEMOKRATIE? ÜBER DIE KRAFT, DIE AUS MÜNDIGKEIT UND TEILHABE KOMMT

von Magnus Brechtken



Kommunalwahlen im März 2020 in Bayern
Foto: Süddeutsche Zeitung, Photo/Fotograf: Robert Haas

Demokratien und ihre Anhänger scheinen gegenwärtig in der Defensive. Das ist zumindest der Eindruck, den die Gegner von demokratischen Institutionen und parlamentarischen Prozessen zu verbreiten suchen. Ob in China, wo die Kommunistische Partei triumphal ihren hundertsten Geburtstag feiert, ob in Russland, wo sich Präsident Putin fernsehgerecht als allsorgender Patriarch inszeniert, der bei Anruf prompt die Probleme seiner Untertanen löst. Parlamentarischer Meinungsstreit dagegen sei, so hören wir bisweilen selbst hierzulande, undurchschaubar und kompliziert. Gern verweisen Kritiker dann auf die vermeintliche Langsamkeit demokratischer Entscheidungsprozesse oder den angeblichen Wirrwarr der Interessen von Individuen, Gruppen und Institutionen. Oder sie reden von Kungelei, abgehobenen Elitenzirkeln oder gar Verschwörungen.

Aber es gibt keinen rationalen Grund, solchen Erzählungen zu folgen, im Gegenteil: Wer so argumentiert, hat jede Freiheit, sich selbst zu engagieren. Denn demokratische Gesellschaften gedeihen im fortwährenden Ausgleich von individuellen Interessen und stabilisieren sich durch das mühsame Verhandeln unterschiedlicher, auch unbequemer Meinungen. Demokratische Ordnungen sind, das sei hier behauptet und im Folgenden begründet, auf lange Sicht resilienter und kreativer als autoritäre Organisationen und Obrigkeitsstaaten oder Entscheidungssysteme, die meinen, auf offene Interessenverhandlungen verzichten zu können. Menschen in Demokratien müssen allerdings bereit sein, für ihre Stabilität zu wirken, bisweilen auch zu kämpfen. Dieses Selbstbewusstsein gilt es, besonders dann in Erinnerung zu rufen, wenn Kritiker ihre „Ja, aber ...“-Argumente vorbringen.

Dergleichen hören wir beinahe täglich: Welchen Sinn soll es haben, historische Prozesse zu analysieren, wir leben doch in der Gegenwart? Ist es nicht „westliche Arroganz“, auf die natürlichen Rechte aller Menschen hinzuweisen und eine demokratische Legitimation von jedem zu fordern, der Herrschaft und Regierungsmacht beansprucht? Zeigt nicht jüngst Chinas Aufstieg, dass autoritäre Führungen erfolgreich sein können? Wie steht es um die demokratische Realität in der Europäischen Union? Die Liste lässt sich beliebig erweitern.

Betrachten wir einige dieser Argumente und beginnen mit dem Wert der Geschichte. Warum können wir aus der Vergangenheit lernen? Eine Antwort kann jeder rasch in der eigenen Familiengeschichte finden, sofern er sich über die Lebensumstände der Vorfahren informiert. Es genügt, zweihundert oder hundert Jahre zurückzudenken und auf den Alltag der ganz überwiegenden Zahl der Menschen in jenen Jahren 1821 und 1921 zu blicken: Kindersterblich-

keit und Lebenserwartung, Arbeitsalltag und medizinische Versorgung, die Chancen auf Bildung, sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe, die Rollen der Geschlechter und die Grenzen ihrer Freiheit. Von Nahrungsqualität, technischen Möglichkeiten und politischer Teilhabe ganz zu schweigen. Politische Rechte etwa besaßen 1821 nur wenige Männer, die meisten waren Untertanen, Frauen konnten allenfalls in Ausnahmen selbst über ihr Leben bestimmen. Das war das Schicksal der Mehrheit, nicht höfischer Pomp oder romantisches Naturidyll.

Hundert Jahre später war in Deutschland immerhin das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen etabliert. Im Ergebnis eines Weltkrieges allerdings, der nicht zuletzt deshalb entstand, weil die beteiligten Mächte ihren Wettbewerb und ihre Interessen nicht durch Rückkopp-



Antikriegskundgebung der SPD und USPD im Lustgarten und auf dem Schloßplatz in Berlin am 31. Juli 1921. Im Wagen stehend ist Elsa Einstein, die zweite Frau von Albert Einstein, zu sehen.

Foto: picture alliance/akg-images

lungen in die betroffenen Gesellschaften abgewogen hatten. Es war gerade der Mangel demokratischer *Checks and Balances*, der die politische und militärische Führung vieler Staaten, besonders auch des Deutschen Kaiserreichs, über Jahrzehnte mit einem Tunnelblick ohne parlamentarische Einspruchsmacht ihre Außenpolitik betreiben ließ. Um dies zu verstehen, hilft ein Blick auf die Weltbilder und Motive derjenigen, die seinerzeit über Krieg und Frieden entschieden. Den Unterschied zur demokratischen Gegenwart kann jeder sehen, der möchte.



Die Rutenbündel (*Fasces*), Zeichen der Amtsgewalt von hohen Beamten im Alten Rom, hier zu sehen am Marcellus-Theater in Rom. Beil und Ruten symbolisierten die Macht, körperliche Strafen und die Todesstrafe zu verhängen. Häufig wird davon ausgegangen, dass der Begriff „Faschismus“ etymologisch mit den altrömischen „Fasces“ zusammenhängt. Diese waren beliebte Symbole für Staat und Militär in der Zeit des italienischen Faschismus.

Foto: Lalupa, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons

Mit dem Blick in die Geschichte können wir zudem erkennen, welche Folgen die seinerzeit propagierten Ordnungsmodelle auf das 20. Jahrhundert hatten. Wer vor hundert Jahren im Schatten der Weltkriegserfahrungen lebte und erschüttert nach Orientierung suchte, dem präsentierten sich gleich mehrere neue Heilsversprechen: Unter der Führung der Sowjetunion beschworen Kommunisten den historischen Materialismus als Gesetz der Geschichte. Sie waren überzeugt, dass ein Weltgesetz der

Klassenkämpfe unabweisbar in die von Marx und Lenin projizierte Richtung lauf – und schließlich mit ihrem Sieg als Erlösung enden werde. Das glaubten Millionen und hängten ihr Leben daran.

Die Anhänger faschistischer Bewegungen dagegen beschworen den Kampf der Nationen und Völker als ewiges Gesetz, in dem man entweder zu den Gewinnern zählte oder abstieg. Die Vorstellung eines geregelten, gar friedlichen Nebeneinanders in Verschiedenheit wurde als naive Illusion abgetan. In Europa existierten von 25 Demokratien des Jahres 1919 im Jahr 1938 nur noch elf. In Deutschland präsentierte sich Hitler als Missionar der Behauptung, das Bewegungsgesetz der Geschichte im Rassenkampf gefunden zu haben. Auch dieses Erlösungsversprechen glaubten Millionen. Im Unterschied zu unseren Vorfahren wissen wir, was daraus folgte.

Oft folgt hier das nächste „Aber...“. Denn es waren nicht nur Demokratien, die den Nationalsozialismus besiegten, sondern in hohem Maße die Streitkräfte der Sowjetunion. Als Argument gegen die Demokratie ist diese Feststellung allerdings nicht brauchbar. Denn die Nationalsozialisten und der europäische Faschismus lebten gegen alle anderen Regierungsformen. Das Niederringen lag im Interesse aller Gegner. Die Gemeinsamkeiten der Alliierten gegen Hitler endeten rasch, als dessen Vernichtungsdrohung abgewehrt war und die Grundfrage nach dem Ordnungsmodell für die Nachkriegszeit – parlamentarische Demokratie oder Sowjetherrschaft – aufgeworfen wurde.

Hier spielte neu die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ hinein, beschlossen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1948. Sie hielt als Einsicht fest, dass „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet“. Wer um sich blickte, sah, dass „die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt“ hatte, weshalb es „notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen“.

Hier ist in der Regel das nächste „Aber ...“ zu vernehmen. Denn die Menschenrechte waren auch in demokratischen Staaten keineswegs überall oder gar vollständig durchgesetzt. Dies galt für den Umgang der europäischen Mächte mit ihren ehemaligen Kolonien. Und es galt für einen weiterhin unvollkommenen Alltag in vielen Län-



Eleanor Roosevelt mit der Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen, 9. Dezember 1948
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Amerika Haus

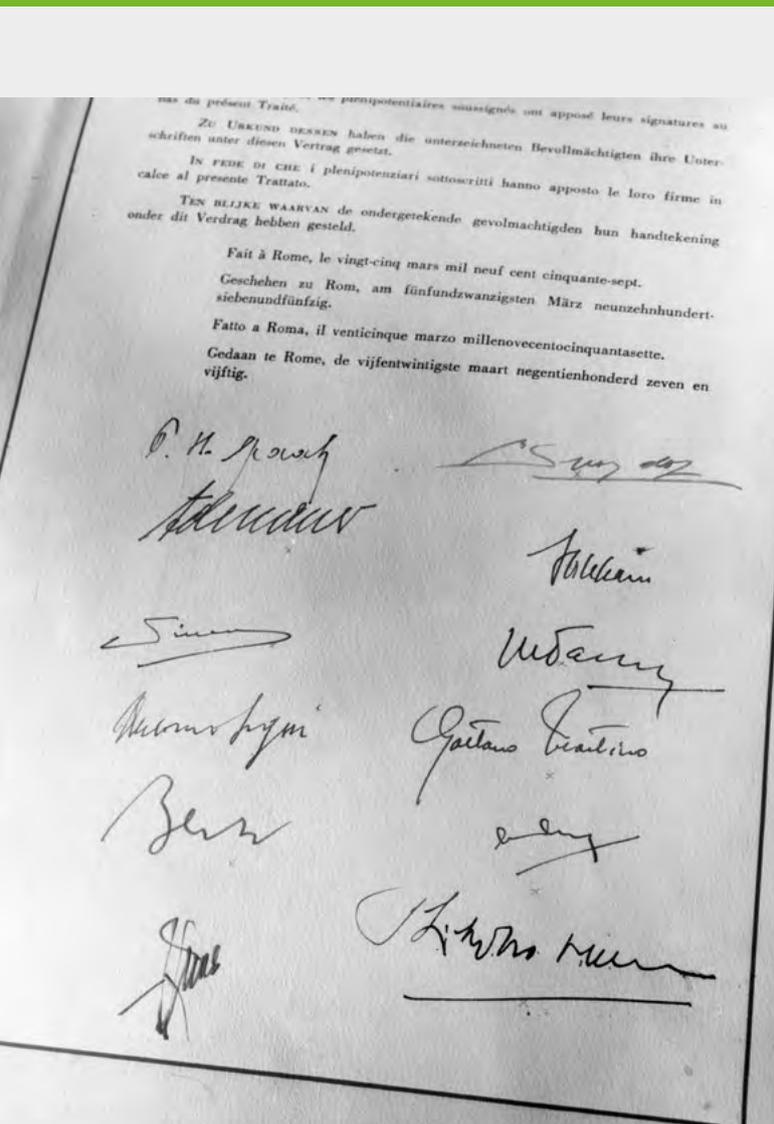
dern, etwa die Diskriminierung ethnischer oder sozialer Gruppen. Dies gilt mancherorts bis heute.

Wer aber auf das Jahr 1948 als Maß blickt und die Jahrzehnte und Jahrhunderte davor zum Vergleich nimmt, wird schwerlich leugnen können, dass Fortschritte real waren – im Bewusstsein ebenso wie im realen Willen zur Durchsetzung. Ein Beispiel ist der Wandel des Menschenbildes von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung bis zur UNO-Deklaration. Während 1776 „*all men are created equal*“ zwar historisch revolutionär klang, aber tatsächlich vor allem weiße Männer meinte, ist die Vorstellung 1948 grundsätzlich für alle Menschen gleichermaßen gedacht – als Anspruch und Ziel.

Und wer die Jahre seither analysiert, kann ebenfalls erkennen, dass sich die Rechte und Lebensbedingungen der Menschen in demokratischen Staaten enorm entwickelt haben. Die realen Fortschritte in der Alltagswelt der Nachkriegszeit lassen sich mühelos aufzählen: vom Aus-

bau sozialer Sicherung über Arbeitnehmerrechte bis zu den Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für viele Teile der Bevölkerung, die vor hundert Jahren ausgeschlossen waren von höheren Schulen oder gar einem Studium. Vor allem aber: Demokratien bevorzugten friedlichen Wettbewerb statt riskanter außenpolitischer Abenteuer. Sie vertrauen darauf, dass auch die Bewohner anderer Länder, sofern sie frei und informiert entscheiden können, kein Interesse daran haben, ihre Söhne und Töchter in Kriege zu senden, die sie nicht als überlebensnotwendig ansehen.

Die Geschichte der Europäischen Union ist Beispiel und Beleg dieser Erfahrungskumulation: Im Licht der Eindrücke aus der Zeit vor 1945 wandelte sich hier der anarchische Machtwettbewerb, in dem Kriege als ultimatives Mittel stets präsent waren, zu einer durch Regeln und Institutionen an Frieden gebundenen Konkurrenz. Der Wirtschaftswettbewerb blieb als Wesen der Konkurrenz lebendig, aber er bewahrte Freiheit und generierte Wohl-



Die Römischen Verträge, 1957: Fundament für die zunächst wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/UPI

stand, weil sich alle gleichermaßen auf akzeptierte Grundsätze verständigten und Kompromisse als Lebensmodus übten, statt Vorteile auf Kosten anderer, womöglich durch gewaltsame Konflikte, zu suchen. Die Erfahrungen förderten einen Mentalitätswandel, der Kriege als Mittel innereuropäischer Konfliktlösung weithin undenkbar macht. So löste sich in weiten Teilen Europas die Idee des Nationalstaates vom Nationalismus. „Nationales Interesse“ definiert sich heute weithin als „rationales Interesse“. Der Nationalstaat ist damit nicht obsolet, aber er bietet nun vor allem ein historisch neu geübtes, vom Nationalismus entflochtenes Ordnungsmodell. Wir müssen den eigenen Staat nicht auf Leben und Tod in Konkurrenz mit anderen sehen, sondern können ihn als anschluss- und

entwicklungsfähig für neue Ordnungsmodelle denken. Das ist kein Automatismus, sondern muss laufend neu verhandelt und legitimiert werden. Demokratische offene Gesellschaften scheuen dies nicht, sie wissen um die stabilisierende Kraft solcher Prozesse.

Zugleich erwies sich die parlamentarische Demokratie im Kalten Krieg des Systemwettbewerbs mit dem Sowjetmodell als glaubwürdig, resilient und lernfähig. Und auch nach dessen Ende 1990 haben sich andere Ordnungsmodelle, ob diktatorisch, ideologisch oder religiös motiviert, in keiner Weise als überlegen erwiesen, wenn es darum geht, Menschen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen.

Hier folgen in der Regel das nächste „Aber ...“ und der Verweis auf die bisweilen erbitterten politischen Grabenkämpfe in demokratischen Staaten, die Wahlerfolge populistisch-nationalistischer Bewegungen nicht nur in Europa sowie den globalen Aufstieg der autoritär geführten Volksrepublik China.

Zunächst ist daran richtig: Wir stehen in einem globalen Wettbewerb. Ob wir wollen oder nicht. Eine insulare Glückseligkeit kann es nicht geben. Wenn wir meinen, diese Einsicht beiseite schieben zu können, werden uns die Konsequenzen der Ignoranz einholen.

Im wirtschaftlichen Wettbewerb ist das bereits offensichtlich: Die Volksrepublik China hat sich über die vergangenen drei Jahrzehnte als verlockender Markt angeboten und im Gegenzug vom Austausch so enorm profitiert, dass das Land inzwischen selbst zu den führenden Technologienationen zählt. Die Hoffnung allerdings, dass Wirtschaftskooperation und Wohlstandsentwicklung auch zu einer offeneren Gesellschaft und einem freiheitlichen politischen System beitragen, erweist sich als Illusion.

Das Gegenteil drängt sich auf: Mit Verweis auf die Erfolge des Aufstiegs reklamiert die Kommunistische Partei Chinas eine Überlegenheit ihres Ordnungsmodells. Mit zunehmender wirtschaftlicher Stärke meint sie inzwischen sogar, ihre rechtlichen Zusagen als unverbindlich abtun zu können. Mit Blick auf Hongkong hat die Volksrepublik den 1997 auf fünfzig Jahre geschlossenen Vertrag mit Großbritannien inzwischen gebrochen. Das militärische Auftreten im südchinesischen Meer, die Ansprüche Richtung Arktis, insbesondere aber das Auftreten gegenüber Taiwan zeigen: Hier agiert ein Machtstaat, der globale Herrschaftsansprüche formuliert und dabei für sich in Anspruch nimmt, nach eigenen Gesetzen und Prinzipien zu handeln, die niemanden „von außen“ etwas angehen.

Entsprechend folgt hier in der Regel das nächste „Aber ...“: Mit welchem Recht kritisieren „wir“ die chine-



Demonstrant*innen versuchen in der chinesischen Botschaft in Den Haag eine Petition über die Menschenrechte der Uiguren zu überreichen.
Foto: picture alliance/ ANP/Fotograf: Sem van der Wal

sische Führung für dieses Verhalten? Die Antworten ergeben sich aus zwei Gründen. Erstens außenpolitisch: Es geht es uns sehr wohl etwas an, wenn ein Staat internationales Recht missachtet und Herrschaftsansprüche auf Territorien außerhalb seines Staatsgebietes erhebt, von denen keinerlei Drohung gegen ihn ausgeht. Solche Ansprüche sind weder durch freie Wahlen der Betroffenen begründet noch von einem legitimen Recht auf Selbstverteidigung gedeckt. Wir haben keinen Anlass, dergleichen schulterzuckend zu dulden.

Die zweite Antwort hat bereits 1854 Abraham Lincoln formuliert: „Kein Mensch ist gut genug, einen anderen Menschen ohne dessen Zustimmung zu regieren.“ Sie gilt für alle Menschen. Die Rechte eines Menschen sind seine, ganz gleich, an welchem Ort, in welcher Familie, in welcher Kultur er oder sie geboren wird. Es ist keine „westliche“ Erfindung, wenn wir als Menschen dieses Recht auf Selbstbestimmung feststellen. Jeder Mensch hat dieses

Recht. Und jeder darf es für sich fordern. Das schließt ein, in geregelten Verfahren frei entscheiden können, in welcher Form er oder sie regiert werden möchte, und die Freiheit zu haben, sich zur Wahl zu stellen. Wenn eine Regierung behauptet, es gebe in „ihrer“ Kultur kein solches Recht, dann dürfen wir fragen, was die Menschen, denen dieses Recht abgesprochen wird, selbst dazu sagen. Wer behauptet, in „seiner“ Kultur müsse er nicht fragen, müsse sich nicht legitimieren lassen, der missachtet die Freiheit des Menschen und degradiert ihn zum Objekt. Eine solche Argumentation bedeutet im Umkehrschluss: Es geht nicht länger um legitime Herrschaft, sondern allein um die Möglichkeit der Macht. In einer solchen Welt könnte sich jeder mit demselben „Recht“ auf Herrschaftsansprüche berufen und seine eigene „Kultur“ zur Begründung anführen. Wir kennen auch dies aus der Geschichte. Der europäische Kolonialismus suchte mit ähnlichen Argumenten seine Herrschaftsansprüche zu begründen. Wer

folglich behauptet, die individuellen Menschenrechte aus „kulturellen“ Gründen nivellieren zu können, dem könnte dies Argument jederzeit selbst entgegengehalten werden. Es bliebe eine reine Machtfrage. Wer dies zu Ende denkt, landet geradewegs im Sozialdarwinismus und dem Kampf aller gegen alle.

Schließlich ein letztes „Aber ...“ über die Schwächen traditioneller Demokratien im Lichte der Erfolge eines lügenhaften Populismus.

Bis zum Ende des Kalten Krieges zeigten sich die Demokratien in Europa und Nordamerika nicht zuletzt deshalb stabil und wehrhaft, weil die Alternative des kommunistischen Herrschaftsmodells mit ihren Konsequenzen für den Einzelnen täglich vor Augen stand.

Eine Generation später ist die Erinnerung an diese Zeit offensichtlich verblasst. Wer nach 1990 erwachsen wurde, konnte beim Blick auf die Weltkarte eine bunte Zahl von Ordnungsmodellen entdecken, die allesamt irgendwie nebeneinander existierten. Das Bewusstsein für die Grundlagen der eigenen demokratischen Gesellschaft konnte darin leicht verschwimmen. Gleichgültigkeit und die Geringschätzung historisch-politischer Bildung bieten gerade in offenen Demokratien Einfallstore für Verschwörungsmärchen und die Propagandisten vermeintlich einfacher Lösungen. In den Vereinigten Staaten konnte es einem reichen Erben und Fernseh-Unterhalter wie Donald Trump gelingen, über den populistischen Markenkern des Anti-Politikers bis ins Weiße Haus zu gelangen. Trump ist das Symptom einer über Jahrzehnte politisch polarisierten Gesellschaft, die das Nachdenken über ihre Grundlagen vernachlässigt. Wer aber erschrickt, dass ein notorischer Lügner und selbstverliebter Egozentriker derart viele Anhänger und Wahlen gewinnt, sieht zugleich die Herausforderung demokratischer Prozesse: Dergleichen ist in freien Wahlen jederzeit möglich. Entscheidend ist, wie die Gesellschaft reagiert. Die Mehrheit der Menschen weiß aus persönlichem Erleben, dass Lügen und Unberechenbarkeit zu Konfrontation, Spaltung und potentiell zu Gewalt führen. Die Mehrheit möchte auch nicht notorisch belogen und übervorteilt werden. Sofern sie frei verhandeln und entscheiden kann, wird sie die Sicherheit fester Regeln und die Akzeptanz von Normen einem politischen Hasardspiel vorziehen. Die jüngsten Wahlen in den Vereinigten Staaten reflektieren diese Ausgleichskraft. Trumps Niederlage zeigt die Vitalität und Resilienz offener demokratischer Gesellschaften, ohne dass die fortwährenden Gefährdungen damit aufgehoben wären.

Wir haben in Europa unsere eigenen Herausforderungen. In Ungarn betreibt Ministerpräsident Orbán eine

nationalistische Diskriminierungspolitik, in der Wissenschaftsfreiheit und die freie Öffentlichkeit attackiert werden, während das Land einen erheblichen Teil seiner Wirtschaftsleistung den Subventionen der Europäischen Union – und damit dem Erfolg von dessen Prinzipien und Freiheiten – verdankt. In Polen schraubt die nationalistische PiS-Regierung Freiheiten zurück, die im Vierteljahrhundert zuvor jenen Wirtschaftsboom generiert haben, der den aktuellen Machhabern erst jene Mittel in die Hand gibt, um mit Wahlgeschenken und Sozialleistungen ihre Wählerklientel zu bedienen. Auch in Deutschland zeigen sich antidemokratische Stimmungen. Wer etwa behauptet „Wir sind das Volk“, dem sei gesagt: „Zeig‘ uns Deine Wählerinnen und Wähler!“

Wenn wir folglich historische Erfahrungen ernst nehmen und Revue passieren lassen, dann können wir sehen: Die Natur des Menschen kennt keine „automatischen“ oder vorgegebenen politischen Ordnungsstrukturen. Die Geschichte kennt keinen Determinismus und keinen zwingenden Weg. Der Mensch ist frei, sich eine Ordnung zu schaffen, in der er mit anderen Menschen leben möchte. Entscheidend bleibt, diese Freiheit für alle gleichermaßen offen zu halten. Parlamentarische Demokratien bieten und stabilisieren diese Chancen. Demokratische Gesellschaften sind Verhandlungsräume aktiven menschlichen Zusammenlebens über Zeit. Partizipation bedeutet folglich mehr als nur das Recht auf Wahl alle paar Jahre. Alle Menschen bleiben aufgerufen, die Grundwerte ihrer Gesellschaft zu reflektieren. Demokratie konstituiert sich mithin über das Engagement und die freiwillige Beteiligung möglichst vieler Menschen in öffentlichen Diskussionen und dem Prozess der politischen Willensbildung. Partizipation ist ein dauerhafter Prozess, eine Herausforderung für alle, die in einer Gesellschaft leben. Es liegt im Interesse jedes Menschen, dies zu wollen.

Zugleich ist es historisch weder neu noch überraschend, wenn politische Einzelgruppen oder Personen behaupten, die Unsicherheiten der modernen Welt autoritär steuern und gleichsam allmächtig lösen zu können. Das zwanzigste Jahrhundert war von Ideologien geprägt, die versprachen, die komplexe Welt der Moderne ein für alle Mal zu lösen. Wir wissen: Diesen einfachen Schlüssel gibt es nicht. Wenn wir diese Erfahrung aus den Augen verlieren, kehren ideologische Versprechen und Ansprüche mit Macht zurück. Ob es sich um die KP Chinas handelt, den russischen Präsidenten oder den türkischen, die Führer nationalistischer Religionen wie im Iran – sie alle repräsentieren Ordnungsmodelle, die der freien demokratischen Gesellschaft mit ihren Errungenschaften und



Zaq Landsberg „Lady Liberty“ im Morningside Park in Harlem, New York, zu sehen bis voraussichtlich 2022
Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/Foto: Debra L. Rothenberg

Möglichkeiten widersprechen. Wir können diesem Wettbewerb nicht entkommen. Aber wir können auf die historische Erfahrung bauen, dass freie Gesellschaften, die die Vielfalt ihrer Talente in Rechtsstaatlichkeit und Freiheit sichern, resilient und wettbewerbsfähig sind. Mag sein, dass wir uns stärker wappnen müssen für Machtkonfrontationen. Im Interesse unserer Freiheit haben wir keine Wahl, als uns dieser Herausforderung zu stellen. Wir sollten dabei durchaus darauf vertrauen, dass wir dies nicht nur aus Eigeninteresse tun. Auch jene, denen diese Freiheiten noch verwehrt sind, erwarten mit Recht, dass wir nicht aufgeben. ▲



Hör Tipp

Ein ausführliches Interview mit Prof. Magnus Brechtken zu diesem Thema können Sie sich hier anhören:

www.blz.bayern.de/meldung/hoersaal-ep.html



Prof. Magnus Brechtken
Foto: IfZ München/Berlin



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Im Pekinger Nationalstadion wird der Partei anlässlich des 100. Geburtstages gehuldigt, am Himmel explodiert ein ausuferndes Feuerwerk. Foto: Lintao Zhang/Getty Images

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12
81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99
landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

